

Änderungsantrag Bundestagswahlprogramm 2017 Europa

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung am 19. Mai 2017

Beschluss: Der Landesvorstand der LINKEN. Sachsen reicht den vorliegenden Änderungsantrag zum Bundestagswahlprogramm an den Bundesparteitag ein.

Hinweis: Dieser Text wurde im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN erarbeitet. Beteiligt am Prozess waren unter anderem die europapolitischen Sprecher*innen der Fraktionen in den Ländern, einige MdEPs, Akteur*innen bei der Europäischen LINKEN, wie z.B. Heinz Bierbaum.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Enthaltungen mehrheitlich übernommen.

f.d.R.

Dresden, den 19. Mai 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Unterstützer*innen:

Enrico Stange, MdL Obmann im Europaausschusses des sächsischen Landtages
Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin DIE LINKE. Sachsen
Rico Gebhardt, Landes- und Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Sachsen
Cornelia Ernst, Europaabgeordnete DIE LINKE

Ersetzung des Kapitel XV (Zeile 3542 bis 3765) durch folgenden Text:

Für ein demokratisches und soziales Europa - gegen Neoliberalismus und Nationalismus

Die europäische Integration fußt für uns als LINKE auf den Ideen von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität. Sie ist für uns eine Antwort auf Jahrhunderte von Kriegen in Europa, insbesondere dem verbrecherischen Zweiten Weltkrieg und der zugrunde liegenden nationalsozialistischen Ideologie. Eine Verbesserung demokratischer und sozialer Standards wird es im 21. Jahrhundert in Europa nur auf der Grundlage des solidarischen Miteinanders geben. Diese feste Überzeugung teilen wir mit vielen Menschen, die sich für die europäische Integration engagieren.

Andererseits befindet sich der Prozess der europäischen Integration in einer tiefen Krise. Die neoliberale Politik vieler europäischer Regierungen manifestiert sich auch auf der Ebene der EU. Die Gefahren sind für uns klar erkennbar. Statt europäischer Werte, wie die soziale Sicherheit, die Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Achtung der Menschenwürde, zur Grundlage einer gemeinsamen Politik droht die EU auf eine Freihandelszone mit militärischer Koordinierung und gemeinsamer Abwehr von Flüchtlingen reduziert zu werden.

Die Akzeptanz der Politik des neoliberalen Standortwettbewerbes der meisten Mitgliedsstaaten in der EU führt zu rasant wachsender Ungleichheit. Für die Interessen von Konzernen und Kapitalanlegern ist man bereit, Armut und Massenarbeitslosigkeit wie in Griechenland in Kauf zu nehmen. Die Forcierung sog. Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA durch europäische Institutionen untergraben zusätzlich die Kontrolle des Marktes durch demokratische Institutionen.

Dies führt zum Vertrauensverlust vieler, die in der EU leben. Der Brexit hat dokumentiert, dass mit dieser Entwicklung die EU gänzlich scheitern kann.

Andererseits ist die EU nach wie vor die Institution, in der Konflikte der Mitgliedsländer ohne den Einsatz militärischer Gewalt gelöst werden. Der übergroße Teil des EU-Haushaltes wird für eine Kohäsionspolitik verwendet, die den ärmeren Regionen der EU Entwicklung ermöglicht. Deshalb kämpft die LINKE für einen demokratischen und sozialen Neustart der EU. Ein Scheitern der EU würde dem Nationalismus und Rassismus in Europa massiven Auftrieb geben. Militärische Konflikte würden drohen, die wirtschaftliche und soziale Schere innerhalb Europas noch weiter auseinander gehen.

Solidarität mit den Staaten Südeuropas: Die Austeritätspolitik beenden

Die Verantwortung für die Austeritätspolitik in Europa trägt Deutschland. Geprägt wurde sie durch die Politik der jetzigen Bundesregierung, insbesondere des Finanzministers Schäuble.

Wir wollen die Kürzungsdiktate in Europa beenden. Es müssen sofort wirksame Schritte gegen Massenerwerbslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit der Jugend in den Krisenländern eingeleitet werden. Die Löhne in Deutschland müssen steigen, den deindustrialisierten Regionen in der EU müssen alternative Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden.

Daher fordert DIE LINKE ein öffentliches europäisches Investitionsprogramm, das vor allem auf Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen wie Bildung, Kultur und Medien, Gesundheitsversorgung und Pflege, Verkehr und Wohnen sowie auf einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft setzt. Zur Finanzierung wollen wir in allen EU-Staaten eine einmalige Vermögensabgabe auf Vermögen über einer Million Euro erheben.

Die LINKE hat schon bei der Einführung des Euro auf die grundlegenden Fehler der Gemeinschaftswährung hingewiesen. Heute zeigt sich, welche Folgen es hat, dass die notwendigen wirtschaftspolitischen und sozialen Anforderungen an diese gemeinsame Währung ignoriert wurden. Der Euro stößt inzwischen sogar als Motor der deutschen Exportwirtschaft massiv an seine Grenzen. Der deutsche Exportüberschuss innerhalb Europas führt zur Verschuldung anderer Länder in der EU mit und ohne Euro. Die Bereitstellung von billigem Geld durch die EZB gegen den Willen des deutschen Finanzministers mildern die härtesten Folgen für die Länder mit hoher Verschuldung zwar ab. Gleichzeitig verschärft aber die Politik der TROIKA von Merkel und Co durch ihre Austeritätspolitik die Krise in der EU. Diese Politik muss auch im Interesse der europäischen Gemeinschaftswährung beendet werden. Andererseits besteht die Gefahr, dass der Euro mit unabsehbaren Folgen zerbricht. Leidtragende wären vor allem die Länder, deren nationale Folgewährungen einem massiven Abwertungsdruck unterliegen und den Schuldendienst sowie Importe von Energie und Lebensmitteln explosionsartig verteuern würden.

- Wir wollen die öffentliche Kreditaufnahme vom Finanzmarkt abkoppeln: Die EZB soll den Euro-Staaten in festgelegtem Rahmen direkt leihen dürfen. Dabei sollen nicht nur Preisstabilität, sondern auch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Vollbeschäftigung berücksichtigt werden. Dies wäre als erster Schritt über öffentliche Banken wie die Europäische Investitionsbank sowie nationale Förderbanken möglich. Wir wollen eine öffentliche europäische Ratingagentur schaffen. Ratings von privaten Agenturen dürfen nicht Gegenstand von verbindlichen Regeln der EU sein.
- Wir wollen öffentliche Investitionen in der EU fördern, statt mit öffentlichen Geldern private Investitionen und private Renditen abzusichern. Investitionsprogramme, wie der Juncker-Plan der EU, fördern die Privatisierung von Autobahnen, Krankenhäusern und öffentlicher Daseinsvorsorge.
- Keine Bankenrettung auf Kosten der Gesellschaft! Die Eigentümer und Gläubiger müssen für die Banken haften. Die Einlagen von Kleinsparerinnen und Kleinsparern müssen öffentlich abgesichert werden (Vgl. Kapitel Finanzmärkte schrumpfen). Sparkassen und Genossenschaftsbanken dürfen nicht für Mega-Banken haften.
- Wir wollen eine Europäische Schuldenkonferenz, bei der die Staatsschulden auf ihre Legitimität und ihre Tragbarkeit geprüft und Lösungen gefunden werden, die den am stärksten verschuldeten Ländern einen Ausweg aus der humanitären Katastrophe und den Pfad zu einer nachhaltigen Entwicklung eröffnen.
- Wir wollen uns für den notwendigen Paradigmenwechsel in der EU-Krisen-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik einsetzen und in dem Zusammenhang für eine koordinierte Industriepolitik streiten.
- Bei der Digitalisierung geht es nicht allein um Technologien, wirtschaftliche Möglichkeiten im europäischen Binnenmarkt, den Wandel der Arbeitswelt und Verbraucherrechte. Es geht auch darum, wie wir mehr demokratische Öffentlichkeit schaffen, kommunale Aufgaben verwalten, den Kulturaustausch und die Integration bewältigen und ob wir uns auch im digitalen Netz diskriminierungsfrei bewegen.
- Wir wollen den Unterbietungswettbewerb – welches Land bietet dem Kapital die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialleistungen – unterbinden. Wir kämpfen für Mindeststandards und eine abgestimmte Besteuerung der Superreichen in Europa. Wir wollen, dass Lohndumping in der EU gestoppt wird. Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik müssen in diesem Sinne aufeinander abgestimmt werden. DIE LINKE kämpft für einen Europäischen Mindestlohn, der bei 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns liegen muss. Wir lehnen die Kapitalmarktunion ab, mit der die Kapitalmärkte der Mitgliedstaaten stärker miteinander verkoppelt werden.
- DIE LINKE fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben. Sozialstaatlichkeit muss in den EU-Verträgen neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geschützt werden.
- In der Euro-Krise wurde offensichtlich: Wir brauchen Mechanismen gegen die Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen. Die Exportüberschüsse der einen sind notwendig die Schulden der anderen. So kann kein soziales Europa entstehen! Wir wollen die Staaten auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichten. Das ist im Interesse der Menschen in Deutschland, weil die Löhne steigen und die Wirtschaft stärker auf Nachfrage im Inneren statt auf Spekulation ausgerichtet wird. Und es ist im Interesse einer gerechten wirtschaftlichen Entwicklung unserer europäischen Nachbarn.

- Wir wollen Steuerflucht bekämpfen und Steueroasen austrocknen: durch automatische Meldepflichten für Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von Banklizenzen für nichtkooperative Banken, verbesserte Strafverfolgung von Steuerhinterziehung und durch Kapitalverkehrskontrollen (vgl. Kapitel Steueroasen trocken legen – die organisierte Finanzkriminalität stoppen). Die Regierenden der EU nutzen die Verhandlungen der Freihandelsverträge TTIP, CETA und TiSA, um Rechte der Beschäftigten und den Verbraucherschutz weiter zu schleifen. Fiskalpakt und Troika schaffen weitere Eingriffsmöglichkeiten in die Entscheidungen gewählter Volksvertretungen.
- TTIP, CETA, TiSA und EPAs stoppen! In der Handelspolitik werden wir uns weiter allen Handels- und Investitionsabkommen widersetzen, die Verschlechterungen der Rechte der Beschäftigten, im Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutz und beim Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Förderung von Kulturgütern bedeuten. DIE LINKE setzt sich daher für eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen weltweit ein (vgl. Kapitel Soziale Gerechtigkeit weltweit – solidarische Zusammenarbeit stärken).

Eine EU, in der Parlamente entscheiden

Wir wollen die Rechte der Parlamente stärken. Entscheidungen sollen auf den Ebenen getroffen werden, die am stärksten davon betroffen sind: Kommunale Angelegenheiten in den Kommunen und nationale Angelegenheiten in den nationalen Parlamenten. Grundlegende Entscheidungen in der EU müssen vom Europaparlament und den nationalen Parlamenten getroffen und kontrolliert werden statt von nicht-legitimierten Gremien wie EU-Kommission oder dem Rat.

Wir wollen die Institutionen der EU grundlegend demokratisieren und einen Neustart für die Demokratie in Europa. Dabei muss der Grundsatz der Subsidiarität gelten, der sicherstellen soll, dass politische Entscheidungen in der EU so bürgernah wie möglich getroffen werden. Die Mitgliedsstaaten der EU sollen, aufgrund europäischer gemeinsamen Rahmenbedingungen auch auf lokaler/regionaler Ebene soweit wie möglich selbst Schwerpunkte setzen und eigenverantwortlich handeln können. Europa muss die solidarischen Regionen im Fokus haben. Die geschaffene Konkurrenz der EU-Mitgliedsstaaten – und damit letztlich die der Menschen – muss beendet werden.

Es muss diskutiert werden, auf welcher Ebene am besten welche Kompetenzen angesiedelt werden. Europa muss wieder näher zu den Menschen gebracht werden, ihnen in für sie überschaubaren Rahmen mehr Entscheidungen zu konkreten Umsetzungen zugetraut werden. Auf europäischer Ebene müssen Rahmenbedingungen verhandelt und für alle Politikbereiche gemeinsam verabredet werden. Nur wenn für alle die gleichen Regeln in Europa gelten, kann dem Konkurrenz Europa der Kampf wirksam und effektiv angesagt werden. Die EU muss die Wahrung dieser Kompetenzen sicherstellen und die Parlamente der Regionen immer im Blick haben.

DIE LINKE engagiert sich auf europäischer Ebene für mehr Beteiligung und transparente Prozesse. Oft sind nationale Parlamente und auch das Europaparlament nur wenig in europäische Entscheidungen miteinbezogen, da die nationalen Regierungen allein im Rat Entscheidungen treffen. Dies wollen wir ändern und das Europaparlament zum zentralen Ort der europäischen Entscheidungen machen indem es eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann. Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das EP gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe entscheiden können. Eine Mehrheit der Abgeordneten soll die Kommission und ihren Präsidenten wählen und abwählen können.

Die Hürden für Europäische Bürgerinitiativen müssen gesenkt werden. Alle Unionsbürger*innen sollen in den EU-Staaten in denen sie leben, volle bürgerliche Rechte genießen können. Die Idee einer europäischen Staatsbürger*innenschaft wird von DIE LINKE unterstützt.

DIE LINKE fordert mehr Transparenz durch die Schaffung eines verpflichtenden und verbindlichen Lobbyregisters. Lobbyisten, die Einfluss auf Politik nehmen sollen registriert werden.

- Das Europäische Parlament muss das Initiativrecht bekommen.
- Die EZB muss unter demokratische Entscheidungen und Kontrolle des Europäischen Parlaments gestellt werden, statt »unabhängig« von diesen zu sein und über der Demokratie zu stehen. Die

EZB muss neben der Preisstabilität gleichrangig auf wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung verpflichtet werden.

- Wir wollen EU-weite Volkbegehren und Volksentscheide ermöglichen.
- Die EU muss der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten. Soziale Grundrechte entsprechend der revidierten Europäischen Sozialcharta des Europarates müssen von einzelnen Personen auch beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein.
- Wir wollen europaweite öffentlich-rechtliche Medien und Plattformen und einen gleichberechtigten Zugang dazu für alle demokratischen politischen und sozialen Kräfte und Bewegungen.
- Wir wollen die Grundrechte in Europa stärken: Keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung und kein Profiling. Unter dem Vorwand der Sicherheit und des Kampfes gegen den Terrorismus werden Überwachungstechnik und Datensammlung ausgebaut und die Freiheitsrechte ausgehöhlt, die man zu verteidigen vorgibt. Wir brauchen einen starken europäischen Datenschutz, damit der in Deutschland besser funktioniert. Im europäischen Haftbefehl und der europäischen Ermittlungsanordnung muss das Recht auf anwaltliche Unterstützung und Übersetzung gesichert werden.

Das Freizügigkeitsrecht in der EU muss für alle gelten. Ungleiche Lebensverhältnisse und die hohe Arbeitslosigkeit in Süd- und Osteuropa zwingen insbesondere junge Menschen zur Abwanderung und untergraben echte Freizügigkeit. Wir sind gegen den Ausschluss von Arbeit suchenden Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern aus der Sozialhilfe. Stattdessen sollen sie dabei unterstützt werden, eine gute Arbeit zu finden. Alles andere bringt Armut, Verelendung und Ausbeutung hervor. Dabei muss das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort gelten, um Lohndumping zu unterbinden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen

EU-Programme wie der Kohäsionsfonds, der Sozialfonds, der Fonds für ländliche Entwicklung, der Fischereifonds und der Fonds für Regionale Entwicklung haben in den Mitgliedsstaaten, ihren Regionen und Kommunen den Ausbau von technischer und sozialer Infrastruktur befördert. Doch trotz dieser wichtigen Beiträge waren sie unzureichend, um die ungleiche Entwicklung der Wirtschaft zu korrigieren und über Grenzen hinweg vergleichbare Lebensbedingungen zu schaffen. Daher müssten die Fonds deutlich gestärkt werden, anstatt von Kürzungen bedroht oder zur Durchsetzung neoliberaler politischer Vorgaben missbraucht zu werden. Das von uns geforderte Europäische Investitionsprogramm soll diese Fonds nicht ersetzen, sondern ergänzen: als Bestandteil für einen sozialen Neustart der EU.

- Die Kohäsionspolitik muss auch ab 2021 weitergeführt werden und insbesondere südeuropäische Länder der EU fördern.
- Der Europäische Sozialfonds zur Förderung der Beschäftigungspolitik des sozialen Zusammenhalts muss weiterentwickelt werden.
- Das INTERREG-Programm muss zur Förderung grenzüberschreitender Kooperation weiterhin Unterstützung erhalten.
- Die Mittel der EU-Agrarförderung wollen wir im Sinne einer linken Agrarpolitik nutzen, um die Exportorientierung zu beenden und ökologische Nachhaltigkeit, regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung ländlicher Räume stärker zu fördern.

Keine Europäische Union der Aufrüstung und Militarisierung

Die Mitgliedsstaaten der NATO haben sich verpflichtet, jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Aufrüstung und Kriegsfähigkeit zu investieren. Die Antwort auf die Wahl von Trump zum Präsidenten der USA und das Brexit-Votum der britischen Bevölkerung sind auch in der EU Pläne zu weiterer Aufrüstung mit dem Ziel einer »strategischen Autonomie«. Gemeint sind: eine europäische Armee, finanziert und geführt aus der Europäischen Union. Ein gemeinsamer Rüstungsmarkt soll geschaffen und die Rüstungsindustrie europäisiert werden. Der Binnenmarkt für Verteidigungsgüter soll gestärkt werden. Dafür werden auch Förderungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus den Fördertöpfen der EU geprüft. Auf die wirtschaftlichen und sozialen Zerfallsprozesse der EU folgen militärische und sicherheitspolitische Integrationspläne. Wirtschaftliche Entwicklung wird als Rüstungsförderung betrieben. Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion«, die Schaffung

einer europäischen Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern sichern Konzerninteressen militärisch ab. Wir wollen die Militarisierung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler Gerechtigkeit statt Standortkonkurrenz.

- Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen.
- Wir setzen uns für ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten ein. Unser Investitionsprogramm umfasst auch Mittel für den zivilen Umbau der Rüstungsindustrie. Die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie müssen in ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Arbeitsplätze überführt werden.
- Wir lehnen die Pläne einer europäischen Verteidigungsunion, inklusive einer intensivierten EU-NATO Kooperation, ab. Die EU muss eine dem Frieden verpflichtete Politik betreiben und ihre auswärtige Politik ist strikt auf zivile Instrumente zu orientieren.
- Wir wollen den EURATOM-Vertrag auflösen und von den vertraglichen Grundlagen der EU entflechten, denn er blockiert eine transparent, sozial und demokratische gestaltete Energiewende und den unumkehrbaren Atomausstieg. Wir setzen uns ein für die Einrichtung einer alternativen »Europäischen Gemeinschaft zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeinsparung«. Wir treten ein für eine Europäische Friedens- und Entspannungspolitik (vgl. Kapitel Nein zum Krieg).

Sichere Fluchtwege und Schutz der Menschenrechte statt Krieg gegen Flüchtlinge

Es ist mit einem demokratischen und menschlichen Europa nicht vereinbar, dass Tausende von Menschen auf ihrem Weg in ein vermeintlich sicheres Europa im Mittelmeer ertrinken oder in rechtsfreien Räumen in Auffanglagern und Abschiebezentren vor den Grenzen der EU interniert werden. (Zu den Fluchtursachen vgl. Kapitel Nein zum Krieg)

Zur Beseitigung der Fluchtursachen wird ein gemeinsames Agieren der EU-Mitgliedsstaaten benötigt. Deshalb ist eine europäische Außen- und Entwicklungspolitik, hin zu mehr Kooperation auf Augenhöhe, nötig.

Nur die EU und kein Nationalstaat im Alleingang kann die entwicklungspolitischen Aufgaben gemeinsam mit dem Kontinent Afrika lösen.

Die EU muss ihre Nachbarschaftspolitik aktiv gestalten. Die Erweiterungspolitik der EU hat Frieden und Stabilität in Europa gebracht. Deshalb müssen die Länder des westlichen Balkans besser in die Nachbarschaftspolitik einbezogen werden. Ansonsten drohen diese Länder sich hin zu autoritären Regimen in der Nachbarschaft der EU hin zu entwickeln.

Wir streiten für legale und sichere Fluchtwege nach Europa. Dies würde Leben retten und das Geschäft der Schlepper unterbinden. Der aktuelle »Krieg gegen die Schlepper« ist allzu oft ein Krieg gegen Boote voller Flüchtlinge. Repression und Überwachung, Entmündigung und Entrechtung ziehen sich durch die Vorschläge der Europäischen Kommission. Wir brauchen eine humane Asylpolitik und einen ebenso zu definierenden Rahmen für Einwanderung in die EU.

- Fähren statt Frontex! Frontex muss abgeschafft und durch eine koordinierte Seenotrettung in europäischer Verantwortung ersetzt werden.
- Die Verantwortung, die Flüchtlinge zu schützen, darf nicht auf Drittstaaten außerhalb der EU übertragen werden. Der von der Kanzlerin vorangetriebene EU-Türkei-Deal muss aufgekündigt werden! Die Pläne, in Nordafrika Auffanglager zu schaffen, lehnen wir ab. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention dürfen Flüchtlinge nicht abgewiesen werden!
- Das EU-Dublin-System ist gescheitert. Wir setzen uns für ein faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme und Verantwortungsteilung in der EU ein. Ein Ausgleich soll vor allem finanziell hergestellt werden (»Fluchtumlage«). Wir wollen das Prinzip der »freien Wahl des Mitgliedsstaates« für die Geflüchteten.
- Die Grenzen der EU müssen für schutzsuchende Menschen offen sein, es muss sichere und legale Fluchtwege geben.